



Politik

EU-Rat beschließt Chatkontrolle

27. November 2025

2,6 Minuten Lesezeit

von [Thomas Oysmüller](#)

Die Chatkontrolle steht vor dem Abschluss: Der EU-Rat hat eine leicht geänderte Form des bereits abgelehnten Gesetzes durchgewunken. Man macht aus der anlasslosen Massenüberwachung statt politischen Zwang eine geschäftliche Praxis.

Jahrelang konnte die Chatkontrolle verhindert werden, nun hat die Brüsseler Bürokratie wieder einen Sieg errungen. Obwohl erst vor wenigen Wochen gegen die Chatkontrolle gestimmt wurde, ist sie jetzt spruchreif. In

einer geschlossenen Sitzung hat der EU-Rat ein neues Verhandlungsmandat für die Verordnung verabschiedet.

Anders als frühere Entwürfe verzichtet die neue Version auf die ausdrückliche Verpflichtung für Unternehmen, alle privaten Nachrichten zu scannen. Das ist aber kein großer Grund für Erleichterung: Denn man führt ein System ein, das indirekt zu dieser Praxis führen soll.

Es belohnt oder bestraft Online-Dienste je nachdem, ob sie sich bereit erklären, „freiwillige“ Scans durchzuführen. Die Massenüberwachung, und damit das Ende von Briefgeheimnis und Privatsphäre, wird so eher zu einer geschäftlichen Erwartung als zu einer gesetzlichen Anforderung wird.

Patrick Breyer, ehemaliger EU-Abgeordneter für die Piraten und langjähriger Aktivist gegen die Chatkontrolle, sagte, das Abkommen *„ebne den Weg für eine dauerhafte Infrastruktur der Massenüberwachung“*.

Ihm zufolge ersetzt der Text des Rates rechtliche Zwangsmaßnahmen durch finanzielle und regulatorische Anreize, die große US-Technologieunternehmen zu wahllosen Scans veranlassen. Zudem warnte er, dass der Rahmen auch „Anonymität brechende Altersüberprüfungen“ mit sich bringe, die die normale Online-Nutzung zu einer Identitätsüberprüfung machen würden.

Auch darauf wird man sich in den nächsten Monaten und Jahren einstellen müssen: Wer im Internet surfen und auf Informationsplattformen zurückgreifen will, wird sich ausweisen müssen. All das wird im Namen des Kinderschutzes passieren.

Der neue Vorschlag greift viele der gleichen Grundsätze wieder auf und verpflichtet Anbieter, ihr potenzielles „Risiko“ für Inhalte mit Kindesmissbrauch zu bewerten und von den Behörden genehmigte „Abhilfemaßnahmen“ anzuwenden. Scan-Tools, die auch verschlüsselte Kommunikation überprüfen, könnten eine praktische Folge sein.

Die tschechische Europaabgeordnete Markéta Gregorová bezeichnete die Position des Rates als „*enttäuschend... Chat Control... ebnet den Weg für eine pauschale Überprüfung unserer Nachrichten*“. [Manch andere Gruppen freuen sich aber \(https://netzpolitik.org/2025/eu-rat-einigt-sich-zur-chatkontrolle-schlimmster-giftzahn-gezogen-aber-weiterhin-gefaehrlich/\)](https://netzpolitik.org/2025/eu-rat-einigt-sich-zur-chatkontrolle-schlimmster-giftzahn-gezogen-aber-weiterhin-gefaehrlich/), dass man die „verpflichtende Chatkontrolle“ verhindert hätte.

Martin Sonneborn, EU-Abgeordnete für „Die Partei“, sagte zum Beschluss:

„Die Chatkontrolle für 450 Millionen EU-Bürger – einige davon unbescholten – wurde heute (ohne Diskussion) vom Rat durchgewunken. Junge, Junge, wenn China sich das leisten würde... PS: Mein eigener Antrag – Chatkontrolle für Frau vonderLeyen statt für uns Bürger – wird wohl im Dezember abgestimmt.“

Nun wird an einem endgültigen Gesetz gearbeitet. Dieser wird dann dem Parlament vorgelegt – dort wird es formal und abschließend durchgewunken. Die allermeisten Abgeordneten werden das Gesetz nie gelesen haben.

Bild „Chatkontrolle ist creepy“ by digitale_freiheit is licensed under CC BY-SA 2.0.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

[Wie die EU den Wirtschaftskrieg verloren hat \(https://tkp.at/2025/11/25/wie-die-eu-den-wirtschaftskrieg-verloren-hat/\)](https://tkp.at/2025/11/25/wie-die-eu-den-wirtschaftskrieg-verloren-hat/)

Geheime Pandemie-Simulationsübung in UK (<https://tkp.at/2025/11/25/geheime-pandemie-simulationsuebung-in-uk/>)